



Schelklingen

Rat hat keine rechtswidrigen Beschlüsse gefasst

Landratsamt lehnt Aufsichtsmittel für geplantes EBS-Kraftwerk in Schelklingen ab

(Schelklingen/sz) Das Landratsamt Alb-Donau-Kreis hat es abgelehnt, das vom Gemeinderat der Stadt Schelklingen zweimal verweigerter Einvernehmen zum Bau und Betrieb eines Kraftwerks für Ersatzbrennstoffe beim Zementwerk Schelklingen im Wege der Rechtsaufsicht zu ersetzen.

Nach Meinung des Landratsamts hat der Gemeinderat keine rechtswidrigen Beschlüsse gefasst. Das im Januar versagte Einvernehmen zum Bau und Betrieb des EBS-Kraftwerks war rechtmäßig, weil das Baugrundstück im Außenbereich liegt, das Bauvorhaben nicht privilegiert ist und weil es öffentliche Belange beeinträchtigt. Auch das im Juli versagte Einvernehmen zu einer Ausnahme von der beschlossenen Veränderungssperre ist rechtlich in Ordnung, weil die Sperre die Aufstellung des Bebauungsplans "Zementwerk Schelklingen" sichern soll. Mit diesem Bebauungsplan sollen Erweiterungsflächen für das produzierende und verarbeitende Gewerbe, also für das bestehende Zementwerk, gesichert werden.

Das Landratsamt hat zudem verneint, dass ein öffentliches Interesse als Voraussetzung für Maßnahmen der Rechtsaufsicht vorliegt. Die Firma Vattenfall New Energy könne ihre Interessen mit Rechtsmitteln gegen die (noch ausstehende) Entscheidung des Regierungspräsidiums Tübingen geltend machen.

© Copyright by Schwäbische Zeitung Online, Gesellschaft für Multimedia mbH & Co. KG - alle Rechte vorbehalten.

info@szon.de